

Mit klaren Köpfen und heißen Herzen weitere entscheidende Schläge gegen die Bonner Ultras

Aus dem Referat des Genossen Hans-Joachim Böhm, Kandidat des Büros der SED-Bezirksleitung, Erster Sekretär der Universitäts-Parteileitung, auf der Funktionärberatung in Dahlem am 31. August 1961

Tage und Wochen intensiver Arbeit liegen hinter uns, Wochen und Monate stehen vor uns, in denen unser ganzer Einsatz verlangt wird. Unsere Aufgabe ist es, uns volles Verständnis für die Politik der Partei, eine genaue Einschätzung der Lage und Klarheit über die nächsten Aufgaben zu erarbeiten. Mehr denn je kommt es jetzt darauf an, daß jeder aktiv an die Ver-

wirkung der Politik der Partei kämpft, sie in vollem Umfange vertritt und durchsetzt.

Wir wollen in unseren Darlegungen den Schwerpunkt auf die politisch-ideologische Arbeit der Partei legen und auf spezielle Probleme der Entwicklung der Wissenschaft und des Studiums verzichten, die wir in absehbarer Zeit in einer speziellen Beratung stellen werden.

Jetzt schreiben die Spätere, und einige Menschen bei uns plappern es nach, durch den Friedensvertrag würde die Wiedervereinigung behindert. Diese Wiedervereinigung, die sie sich vorstellen, nämlich die Annexion der DDR, wird allerdings verhindert. Aber der Friedensvertrag trägt bei zur Bändigung des Militarismus und Revanchismus in Westdeutschland, die das wahre und entscheidende Hindernis zur Wiedervereinigung sind. Die herrschende kapitalistische Klasse in Westdeutschland ist überhaupt nicht mehr in der Lage, die nationalen Interessen des deutschen Volkes zu vertreten. Das hat sie bereits häufig genug bewiesen. Haben zwei Weltkriege, die Deutschland ins Elend stürzten, etwas mit den nationalen Interessen des deutschen Volkes zu tun, dienen die Pariser Verträge, durch die Westdeutschland für 50 Jahre an die USA verkauft wurde, etwa der deutschen Nation?

Um die Menschen zu verdammen, reden sie von der deutschen Nation, und inzwischen tun sie alles, um Deutschland zu einem Gouvernement der USA zu machen.

Kampf gegen jeglichen Versuch des Angriffs auf unsere Staatsmacht als auch bei der Behebung von Mängeln. Das ist die richtige Anwendung der neuen Ordnungen der Kreis- und Stadtbezirksversammlungen usw. durch die Universitätsangehörigen.

Es ist Aufgabe der Wahlkandidaten und aller anderen Funktionäre, in dieser Richtung beispielgebend voranzugehen.

Soweit zur politischen Seite des Klassenkampfes, den wir gegenwärtig führen.

Auf ökonomische Probleme eingehend, betonte der Genosse Böhm, daß es jetzt darum geht, auf Grund einer richtigen Einschätzung der Lage unserer Republik, die Anstrengungen in Industrie und Landwirtschaft zu erhöhen und die Leistungen zu steigern.

Wie geht unsere wirtschaftliche Entwicklung voran? Ihr auffälligstes Charakteristikum besteht darin, daß es von Jahr zu Jahr immer besser geworden ist. Jeder, der sich ernsthaft mit dem Problem befaßt, erkennt, daß das wirkliche Wirtschaftswunder während der letzten anderthalb Jahrzehnte sich in unserer Deutschen Demokratischen Republik vollzogen hat.

So hat sich beispielsweise die industrielle Bruttoproduktion von 52,6 Mrd. DM im Jahre 1957 auf 71,2 Mrd. DM im Jahre 1960 erhöht. Das entspricht einer Steigerung auf 135,4 Prozent. In drei Jahren die Produktion um mehr als ein Drittel zu steigern, dazu gehört schon eine solide, fundierte sozialistische Wirtschaft! Und wer davon faßelt, es werde alles schlechter, der möge zu dieser Tatsache und zu einigen anderen Dingen Stellung nehmen. Die zeigen, daß gerade in den vergangenen drei Jahren auf dem Gebiet der Versorgung besondere Anstrengungen unternommen und eine große Anzahl guter Ergebnisse erreicht wurden.

1341 Mrd. DM für Wissenschaft und Forschung

Auf die Förderung von Wissenschaft und Hochschulwesen eingehend, sagte Genosse Böhm, daß sich die Ausgaben des Staatshaushaltes für Wissenschaft und Forschung von 881 Millionen DM 1958 auf 1341 Milliarden DM erhöht haben, was einer Steigerung auf 153 Prozent entspricht. Einer Steigerung der Produktion um ein Drittel steht also eine Steigerung der Ausgaben um die Hälfte entgegen. Auch die Kapazität unserer Universitäten und Hochschulen in der DDR wurde weiter erhöht. Von 10 000 Einwohner studieren in der DDR 1957 48,9 und 1959 51,5. In Westdeutschland ist das Verhältnis im gleichen Zeitraum 28,9 auf 33,0.

Während im Jahre 1960 in der DDR 26,1 Prozent der Studierenden nach ihrer Herkunft Arbeiter waren, betrug dieser Anteil in Westdeutschland im Wintersemester 1958/59 nur 5,2 Prozent. Von den Studierenden waren 960 in der DDR 89,7 Prozent Stipendientempfänger.

All diese Leistungen hat aber nicht jener Staat der Westzone vollbracht, der 1945 mit ungleich günstigeren natürlichen und wirtschaftlichen Ausgangspositionen begann, sondern unser Arbeiter- und Bauern-Staat, der auf Grund des Ablaufs der historischen Ereignisse den Beweis seiner Überlegenheit in ehemals zurückgebliebenen Teil Deutschlands anzutreten hatte. Hier fehlte das Ruhrgebiet. Die Gebiete im Rücken der Deutschen Demokratischen Republik aber waren durch den deutschen Imperialismus versperrt. Ueberhohe Investitionen zum Aufbau der Grundstoffindustrie waren und sind erforderlich. Die jährliche Investitionssumme stieg von 8,6 Mrd. DM im Jahre 1957 auf 12 Mrd. DM 1960. Über 100 große Industrieobjekte befinden sich gegenwärtig im Bau, von deren Fertigstellung die künftige weitere Steigerung der Produktion in den vorgesehenen Ausmaßen wesentlich abhängt.

Wenn nun manche Genossen einwenden: „Ja, ja, das stimmt schon, wir sind vorangekommen, aber wie steht es mit der ökonomischen Hauptaufgabe?“ so müssen wir sie auf einige Zusammenhänge aufmerksam machen, die oft übergangen werden, ich fasse sie kurz zusammen:

Erstens geht der Beschluß des V. Parteitag eindeutig von der Hauptaufgabe aus, den Frieden zu sichern und als entscheidenden Beitrag dazu die Deutsche Demokratische Republik als selbständige und zu stärken. Dieser politischen Hauptaufgabe wurden von V. Parteitag alle weiteren Aufgaben untergeordnet. In Vertiefung eben dieser Grundlinie des Beschlusses des V. Parteitages wurde in der Wende des Jahres 1960/61 vom Zentralkomitee im Interesse der Sicherung des Friedens durch Abschluß eines Friedensvertrages noch im Jahre 1961 die Aufgabe gestellt, die Wirtschaft der Deutschen Demokratischen Republik stärker zu machen. Daraus erwachsen eine Reihe neuer, früher nicht gestellter ökonomischer Aufgaben, die die Umlenkung einiger Mittel erforderlich machen.

Zweitens wird in den Beschlüssen des V. Parteitages eindeutig hervorgehoben, daß die Steigerung des Pro-Kopf-Verbrauchs von der Steigerung der Pro-Kopf-Produktion abhängt. Nun ergaben sich aber Disproportionen zwischen der Entwicklung der Arbeitsproduktivität einerseits und der Entwicklung der Löhne und der Ausgaben außerhalb des Bereiches der materiellen Produktion, einschließlich wissenschaftlicher Einrichtungen, andererseits. Das heißt, an den Beschlüssen ist nichts zu deuten, sondern die richtige Durchführung entsprechend den eingetretenen Bedingungen ist zu organisieren, damit planmäßig der Siebenjahresplan erfüllt wird. Jetzt gilt es, durch Zusammenfassung aller verfügbaren Kräfte den Plan in allen Positionen zu erfüllen und so dem Kampf um den Friedensvertrag die sichere ökonomische Basis zu geben. Dabei wird es notwendig

sein, auch Opfer auf sich zu nehmen. Wir arbeiten richtig, wenn wir unsere Bürger gerade auch in der Wahlbewegung offen und einseitig darauf hinweisen. Dies gilt beides auch für die wissenschaftliche Arbeit an den Fakultäten und Instituten.

Drittens sind große Teile der ökonomischen Hauptaufgabe erfüllt und übererfüllt. In der Höhe des Lohnfonds haben wir bereits den für 1963 vorgesehenen Stand erreicht.

Nun gibt es aber eine Reihe Universitätsangehöriger, die dabei durch die Auffassung gebremst werden, „Westdeutschland sei – viel attraktiver als die DDR“. Auf den wirtschaftlichen Aspekt dieser Frage bin ich schon eingegangen. Gestattet an dieser Stelle noch einige grundsätzliche Bemerkungen dazu. Es zeugt von großer ideologischer Verwirrung, wenn Wissenschaftler, darunter auch Genossen, fordern, unsere Republik, unser Arbeiter- und Bauern-Staat solle – man höre – „genauso attraktiv wie Westdeutschland“ werden?

Wo haben denn diese Genossen und Kollegen ihre Augen, ihr Gedächtnis für die Lehren der Geschichte, ihr Klassenbewußtsein für die Sache der Arbeiterklasse und ihr logisches Denken?

In diesem Zusammenhang ging Genosse Böhm auf die Erklärung der Sowjetregierung vom 30. 8. 1961 ein, in der es heißt:

„Die 18 Nachkriegsjahre sind eine vollkommen ausreichende Zeit, um zu beurteilen, ob das Volk Westdeutschlands die notwendigen Lehren – so wie das in der DDR geschehen ist – aus der militäristischen Vergangenheit und aus den katastrophalen Niederlagen in zwei von Deutschland entfesselten Weltkriegen gezogen hat. Leider spricht vieles dafür, daß der in Westdeutschland lebende Teil des deutschen Volkes sich erneut vom Rast der Revanche befehlen und von den neu hervorgetretenen Führern auf den Kriegspfad zerran läßt. Wie viele sind sonst der Umstände erkläre, daß die Bevölkerung der deutschen Bundesrepublik jedesmal bei den Bundestagswahlen folgsam ihre Stimme dem Kanzler Adenauer und jenen Politikern gibt, die die Deutschen beharrlich zu neuen Aggressionsakten drängen? Die Deutschen, die für Adenauer stimmen, müssen doch wissen, daß sich Adenauer und die Anhänger seiner Politik in Westdeutschland die gleichen Losungen des Antikommunismus und der Revanche zu eigen gemacht haben, mit denen Hitler zu die Macht kam und dann den zweiten Weltkrieg entfesselte.“

Am Ende des Krieges haben viele zugegeben, daß die KPD 1933 recht hatte mit ihrer Einschätzung. Wir fragen diese Leute: Soll erst wieder bitteres Leid über unser Volk kommen, ehe die von der Partei gegebene Einschätzung begriffen wird? Manche bleiben ja ideologisch sogar hinter dem Papst zurück. Denn der sah sich immerhin gezwungen, in der neuesten Sozialenzyklika wenigstens zum Zwecke der Tarnung einiges auszusprechen, was sonst, wie unattraktiv, wie abstoßend das System des Kapitalismus ist.

Imperialismus zum Untergang verurteilt

Einige Genossen fangen in Grundfragen an zu wackeln, weil der westdeutsche Imperialismus und Militarismus unter Ausnutzung seiner ökonomischen Potenzen einiges Theater „à la KdF“ veranstaltet. Sie fallen offensichtlich auf den Schwindel vom „Volkskapitalismus“ und vom „Wohlfahrtsstaat“ herein. Über solche Tatsachen wie die unerhörte Profitrate, die das Monopolkapital den Werktätigen in Westdeutschland abreißt, sehen sie „großzügig“ hinweg. Sie übersehen auch, wie sich im Stand der Arbeitslosigkeit in den USA und in der gleichzeitigen Konjunktur in Westdeutschland die Verfaultheit des imperialistischen Systems offenbart. Aber zeigt es nicht die ganze Amoralität und Menschenfeindlichkeit des Kapitalismus-Imperialismus, wenn die USA riesige Kapazitäten im eigenen Land brach liegen lassen und damit das Unglück von Millionen arbeitsloser Familien heraufbeschwören und gleichzeitig neue Kapazitäten in Westdeutschland errichten – eben weil dort der Ausbeutungsgrad und die Profitrate höher, vielfach dreimal so hoch wie in den USA, liegen?

Bekanntlich ist die Westzone jener Staat, der den Weltrekord in Arbeitsanfällen aufzuweisen hat! 30 000 Menschen, eine Zahl, die der sämtliche Todesopfer des Hitlerkrieges bis 1945 gleichkommt, mußten in Westdeutschland während der letzten zehn Jahre, getrieben von raffiniert ausgeklügelten Arbeitsetzsystem, ihr Leben lassen. Ihr Blut und ihre Knochen, die Auslöschung ihres Lebens – das ist im Westzonenstaat das Attraktive für Monopolkapitalisten, Spekulanten und andere Profitjäger. Es ist aber unmöglich zu verstehen, wieso anständige Bürger unserer Republik angesichts all dieser Tatsachen das Westzonenregime noch als „attraktiv“ ansehen können?

Und gibt denn die Tatsache den Liebhabern für Attraktivitäten nicht zu denken, daß die gegenwärtige Konjunktur in Westdeutschland eine Atomrisikokonjunktur ist?

Es ist schon so, Genossen: Wenn man Kommunist sein will, muß man auf dem Boden der Tatsachen bleiben und sich ein Urteil auf Grund tiefgründiger marxistisch-leninistischer Einschätzung der neuen Erscheinungen bilden. Nehme ein jeder den Entwurf des neuen Programms der KPD zur Hand, um sich der wichtigsten theoretischen Hilfe, über die die internationale Arbeiterbewegung heute verfügt, gründlich zu bedienen. In dem Entwurf heißt es beispielsweise sehr treffend über das System des Kapitalismus-Imperialismus:

„Der Imperialismus trat in die Periode des Niederganges und Unterganges ein. Der Kapitalismus ist von der Basis bis zur Spitze (Fortsetzung auf Seite 4)“

Der Kampf um den Friedensvertrag ist in ein neues, entscheidendes Stadium getreten

Die Menschenfalle ist zugeschlagen worden. Die „billige Atombombe“ der westlichen Kriegstreiber wurde entschärft. Am 13. August hat die Deutsche Demokratische Republik die Pläne der deutschen Militaristen durchkreuzt und ihre offene Plänke gegenüber Westberlin gesichert. Die Maßnahmen unserer Regierung haben dazu beigetragen, den in diesem Frühjahr 1961 durch die westdeutschen Militaristen und Revanchepolitiker bedrohten Frieden in Europa und in der Welt zu retten. (Walter)

Wir danken unserer Parteiführung und unserer Regierung für ihr entschlossenes Handeln im Dienste des Friedens. Wir danken insbesondere unserem Genossen Walter Ulbricht für seine kluge und mutige Führung.

Im ersten Teil seiner Rede stellte Genosse Böhm ausführlich die konstruktive Friedenspolitik der DDR der Kriegspolitik Bonn gegenüber. Er betonte die Notwendigkeit und Wirksamkeit der Maßnahmen vom 12. August, die den Bürgerkriegsplan der Bonner Regierung einen Riegel vorgeschoben haben. Genosse Böhm hob hervor, daß am 13. August nachdrücklich die Feststellung aus der Erklärung der Moskauer Beratung vom November 1960 bestätigt wurde, daß sich das Kräfteverhältnis in der Welt grundlegend verändert hat und daß eine Restauration des Kapitalismus in den sozialistischen Ländern unmöglich ist.

Er betonte, daß die Provokationen des Gegners in den Tagen vor dem 13. August Abwehrversuche des Gegners waren, um festzustellen, wie weit man gehen kann. „Auch an der Universität gab es solche „Texte“, fuhr der Redner fort.

Auf den Menschenhandel und die Kopfgeldjagd eingehend, betonte Genosse Böhm den unmenschlichen Charakter des Bonner Systems. Er stellte fest, daß auch eine Reihe Universitätsangehöriger den Streikplänen erliegen, den Frieden und den Sozialismus verraten und sich den Kriegstreibern für ihre Mordpläne zur Verfügung stellen.

Anstatt gegen feindliche Diskussionen aufzutreten, schwiegen manche Genossen, in es gab sogar eine Reihe, die selbst auftraten und die feindlichen Parolen verbreiteten, wie die Genossen Dr. Ursinus und Dr. Reisinger an der Chirurgischen Klinik.

Anstatt gegen den Menschenhandel aufzutreten, versuchte man Entschuldigungen zu finden und unseren Staat und die Partei verantwortlich zu machen, wie das Genosse Fuchs bei den Psychologen tat. Anderen Genossen war die Bezeichnung „Menschenhandel“ nicht „akademisch“ genug. In Wahrheit waren sie aber mit der Politik der Partei nicht einverstanden.

Anstatt die Provokation auf die Schwänze zu schlagen, blättern einige Genossen erst in der Staatsratsklärung und die Parteileitung der Landwirtschaftlichen Fakultät half feindlichen Elementen noch, ihre Argumente an den Mann zu bringen.

In dieser Situation organisierte die Partei die Offensive und schlug den Gegner ans Haupt. Der Aufmarsch der bewaffneten Kräfte der Arbeiter- und Bauern-Macht an der Staatsgrenze in Berlin wirkte wie ein lähmendes Gewitter. Die Sicht wurde klarer.

Genosse Böhm ging im weiteren Verlauf seines Referates ausführlich auf die Reaktionen des Gegners nach dem 13. August ein. „Jetzt schreiben sie und beschuldigen sich gegenseitig, daß der Schuß zu früh losgegangen ist“, betonte er. Auf den Plan MC 70 und die „Amerikanerreisen von Brandt, Strauß und „neuer eingehend, auf der besonders Brandt mit seinen „Freunden“ in der DDR jonglieren hätte, sagte Genosse Böhm, daß man zu jenen „Freunden“ nach einige Studenten der WiPa, die durch ersetzende Kritik an Partei und Staat in der Art wie seinerzeit der Fettschklub in Ungarn aufzusuchen, versuchen, und andere Protagonisten rechnen muß. Wie sehr der Gegner die Ehrlichkeit und Stärke unserer Bevölkerung unterschätzt, erläuterte der Redner an Hand von Stimmen der Westpresse; besonders „Die Welt“ hatte nach am 12. 8. 1961 durch ihren Chef Zehrer festgestellt, daß die DDR „bankrott“ sei.

Ausführlich behandelte dann der Redner die Rolle der USA-Regierung, die neben über das Treiben der Ultras in Bonn informiert war, sie unterstützte, aber nach dem Kuba-Flasko Adenauer zu verstehen gab, daß man im Falle einer Mißlingens sich im Hintergrund halten müsse.

Antwort an die Kriegstreiber in der Sprache, die sie verstehen

Nun stellen einige die Frage, ob es notwendig sei, so „hart“ vorzugehen, ob man denn Panzer und Stacheldraht an der Grenze aufbauen mußte, ob wir damit die Lage nicht verschärften. Ich denke, man kann diese Frage am besten beantworten, wenn man von der historischen Erfahrung der deutschen Arbeiterklasse, des ganzen deutschen Volkes als sie herangeht.

Schon zweimal sind von deutschem Boden verheerende Weltkriege ausgegangen. Trotz heftigen Kampfes und großer Opfer gelang es der deutschen Arbeiterklasse weder 1914 noch 1939, den deutschen Imperialismus und Militarismus zu zügeln, weil die Arbeiterklasse nicht konsequent und bewaffnet gegen den Feind geführt

wurde. Am 13. August wurde den Bonner Kriegstreibern mit den Argumenten genantwortet, die sie als einzige verstehen mit Panzern.

Es ist doch auch eine geschichtliche Lehre, daß der deutsche Militarismus immer übermächtig und frecher wird, je weniger man ihm entgegentritt. Hat nicht gerade das Zurückweichen Englands und Frankreichs im München 1938 Hitler ermutigt, immer frecher aufzutreten und schließlich den



Der Erste Sekretär der Universitäts-Parteileitung, Genosse Hans-Joachim Böhm, während der Funktionärberatung in Dahlem im Gespräch mit Genossen Prof. Dr. Dr. Wolfgang Gertler, Direktor der Universitätsklinik.

„Im Sinne ether“, wie Strauß verkündete, „auf Leben und Tod zusammengehörenden institutionellen Solidarität“ (Die Zeit, Hamburg, 3. 6. 1960).

Auf das Argument eingehend, beide Seiten müßten mehr nachgeben, antwortete der Erste Sekretär der UPL:

Ein Glück, daß die DDR existiert

Westdeutschland muß endlich seine Kriegspolitik aufgeben, aber an der DDR ist nichts abzuziehen. Es ist ein Glück für das deutsche Volk, daß die DDR existiert.

Nachdem den Gegnern am 13. August ihre Pläne zerschlagen wurden, reden sie jetzt von Verhandlungen. Das ist natürlich ein Erfolg für uns, aber wir müssen darin auch den Versuch des geschlagenen Feindes sehen, doch noch sein Ziel zu erreichen, indem sie bei Verhandlungen alle möglichen Nebenfragen zur Diskussion stellen und die Hauptfrage, den Abschluß eines Friedensvertrages, hinauszuschleppen und von der Tagesordnung abzusetzen versuchen werden. So wie sie die Abrüstungsverträge und Verhandlungen in Genf hintertrieben.

Verhandelt wird und kann nur werden über den Friedensvertrag, über die endliche Verwirklichung des Potsdamer Abkommens in Westdeutschland, über konkrete Schritte zur Eindämmung der vom Bonner Staat und den ihn stützenden Klassenkräften in Politik und Ökonomie ausgehenden akuten Kriegsgefahr.

Im Sommerlager der Germanisten gab es Studenten, die den „weisen“ Vorschlag machten, doch mal die von Adenauer propagierte Reihenfolge zu „probieren“. Wie ein Politiker zur Abrüstung steht, offenbart sich heute am deutlichsten an der Haltung, die er zum Friedensvertrag mit Deutschland einnimmt. Es geht ja zum Kern der Friedensvertragsvorschläge, die Atomrüstung in Westdeutschland einzustellen und die Abrüstung auch auf dem Gebiet der konventionellen Waffen einzulösen. Der Vorschlag kann nur mit Auforderung zum Selbstmord verglichen werden.

Genosse Böhm erläuterte dann, auf die Abrüstungspolitik der Westmächte in den Abrüstungsverhandlungen und den Verhandlungen über die Einstellung der Kernkraftreaktoren eingehend, die grundsätzlichen Fragen der Erklärung der Sowjetregierung vom 30. 8. 1961. Er fuhr dann fort:

Wir brauchen Festigkeit in diesen Fragen. Das Nachgeben feindlicher Täuschungslosungen durch Universitätsangehörige muß endlich aufhören. Sonst klaffen Lücken in der Front des Kampfes um den Friedensvertrag. Notwendig ist die volle Bereitschaft zum Einsatz aller Kräfte auch über die üblichen Anforderungen hinaus für den Friedensvertrag. Das muß der Hauptinhalt der Wahlbewegung zum 17. September sein. Dazu gehört die Unterstützung der staatlichen Organe sowohl im

Foto: Lippold